
Vorbild in Uniform?

Fachgespräch über Fairness im öffentlichen Einkauf

am 25. März 2009

im Bürgersaal des Rathauses Hannover

Ein Projekt des Dritte Welt Forums in Hannover e.V. (3WF)

in Zusammenarbeit mit



mit freundlicher Unterstützung durch



Dokumentiert und redaktionell bearbeitet von Sigrid Krings

Fotos vom Fachgespräch: Sigrid Krings

Gestaltet von Diana Sendner

Moderation und Schlussredaktion: Christine Höbermann



Nach einer kurzen Begrüßung durch Christine Höbermann, Vorstand des Dritte Welt Forums in Hannover e.V. und Moderatorin, stellten sich die rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachgesprächs im Bürgersaal des Rathauses Hannover vor (siehe Liste am Ende der Dokumentation). Anschließend erklärte Heinz Reupke, ehemaliger Leiter des Einkaufs im Logistikzentrum Niedersachsen (LZN), zunächst, was das LZN ist und welche Aufgaben es genau hat: Als Landesbetrieb ist das LZN, das seit 2001 existiert, der zentrale Einkaufs- und Versorgungspartner in der niedersächsischen Landesverwaltung. Seine Kernkompetenz ist der Einkauf und die Belieferung der Dienststellen in der niedersächsischen Landesverwaltung mit Produkten und Dienstleistungen. Sein Ziel ist die Nutzung von Synergieeffekten und damit die Reduzierung der Prozess- und Transaktionskosten. Heinz Reupke führte aus, dass sich die Norddeutschen Küstenländer Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen geeinigt haben, über das Logistikzentrum mit Polizeibekleidung beliefert zu werden. Dies sind sämtliche Uniformen, die Schutzbekleidung und alles, was insgesamt

in der Polizei an Bekleidung gebraucht wird. Die fünf Bundesländer haben die Farbe der Polizeiuniformen von grün auf blau umgestellt und mussten deswegen komplett neu ausgestattet werden. Dies, so Heinz Reupke, war eine besonders große Ausschreibung für das LZN. Der Umfang der Ausschreibung erforderte, dass der Landesbetrieb weltweit beschaffen musste. Herr Reupke merkte an, dass nur noch sehr wenig Bekleidung in Deutschland produziert wird und der Einkauf dort für den öffentlichen Bereich nicht mehr erschwinglich ist. Deswegen kauft das LZN vorwiegend im Ausland ein. Ausgeschrieben wird jedes Vorhaben in der gesamten Europäischen Union (EU); das LZN ist dadurch an die detaillierten Vorschriften des Europarechts gebunden. „Diese Gradwanderung ist nicht ganz einfach“ sagte der ehemalige Leiter des Einkaufs des LZN. Beschafft wird die Bekleidung für insgesamt etwa 50 000 Uniformierte. Das LZN gibt dafür rund 10 Millionen Euro pro Jahr aus. In manchen Bundesländern (Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen), erklärte Heinz Reupke, werden nicht nur die Polizeibeamten, sondern auch sämtliche Justizbeamten ausgestattet - durch die größere Einkaufsmenge ergeben sich Einspareffekte von etwa 20 Prozent. Eine Ausschreibung wird im EU-Amtsblatt (Pflicht), im Internet und bei der IHK Niedersachsen (freiwillig) veröffentlicht. „Wir informieren jeden, der Interesse hat, weil wir möglichst viele Bieter haben möchten“, betonte Heinz Reupke. Bei der Ausschreibung muss alles, was später in den Vertrag eingebaut werden soll, bereits in der Veröffentlichung erwähnt sein und in den Ausschreibungsunterlagen näher erläutert

werden. Die Ausschreibung enthält unter anderem technische Leistungsbeschreibungen, die später Bestandteil des Vertrages sind. Ebenfalls der Ausschreibung beigelegt sind verschiedene Vordrucke, wie etwa so genannte Eigenerklärungen, die von den Bietern wahrheitsgemäß ausgefüllt werden und die Bestandteil ihres Angebots sein müssen. Diese Eigenerklärungen sind standardmäßig Bestandteil des Vertrags, obwohl es keinen offiziellen Beschluss des Niedersächsischen Landtages dazu gibt. „Das ist uns bekannt, aber wir machen's trotzdem“, sagte Heinz Reupke. „Wir warten auf keinen Erlass“, hob er hervor. Das Vorgehen ist dem Wirtschaftsministerium bekannt, dieses hat dagegen keine Einwände. Es gibt ein Kooperationsgremium, das zwei Mal im Jahr tagt und weisungsbefugt ist. Beschließt dieses Gremium etwas einstimmig, dann kann es Weisungen aussprechen, die das LZN umsetzen muss. Heinz Reupke erklärte auf Nachfrage aus dem TeilnehmerInnenkreis, dass sich ein unterlegener Bieter



dadurch benachteiligt fühlen könnte, dass er aus der Wertung heraus gefallen ist, weil er ein bestimmtes Zertifikat nicht erfüllen konnte. Dies könnte zum Beispiel dann der Fall sein, wenn eine andere Firma zu Unrecht den Zuschlag bekommen hat und die benachteiligte Firma dies nachweisen kann. Ausgeschrieben wird für zwei Jahre mit einer Option der Verlängerung um zwei weitere Jahre. Im Vordergrund stehen dabei die Menge und die Zeit. Das bedeutet: Wenn das LZN die ausgeschriebene Menge in einer kürzeren Zeit abnimmt, ist der Vertrag vorher beendet und es muss neu ausgeschrieben werden. Wer den Zuschlag bekommen hat, wird namentlich im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Unterlegene Bieter können dann 14 Tage lang Einspruch einlegen.

Ariane Schmidt vom LZN führte weiter aus, dass der Landesbetrieb wie ein Versandhandel arbeitet: Es gibt einen Webshop, die Polizeibeamten können durch Anruf und Fax bestellen. In einem Lager wird der Bestand für drei Monate kommissioniert. Die Polizisten haben ein Budget und ein Konto, über das sie bestellen können. Sie dürfen aber auch dazubezahlen, wenn sie ihr Budget überschreiten müssen.

Christiane Schnura, Koordinatorin der Kampagne für Saubere Kleidung, merkte an, dass sie die mit der Bewerbung abgegebenen Eigenerklärungen für problematisch hält. Sie betonte: „Uns ist das zu wenig! Das ist nur eine Krücke, die man hat“. Heinz Reupke entgegnete, dass das LZN keine andere Möglichkeit hat, als sich auf die wahrheitsgemäßen Angaben der Bieter in den Eigenerklärungen zu verlassen.

„Mehr an Möglichkeiten sehen wir nicht, das ist Mindeststandard bei uns“, betonte er. Gut wäre aber eine ‚Schwarze Liste‘, auf der zum Beispiel die Firmen verzeichnet wären, die gegen Arbeitsrechte verstoßen hätten. Christine Höbermann wies darauf hin, dass die Internetressourcen der Kampagne für Saubere Kleidung, bzw. des internationalen Sekretariates der Clean Clothes Campaign entsprechend verwendet werden könnten (www.saubere-kleidung.de, www.cleanclothes.org).

Marina Rudolf, sales director bei der Firma Global Detox Hamburg, stellte sich zwischenzeitlich vor und wies darauf hin, dass ihre Firma sehr wohl in FLO, dem Fair-Trade-Standard und dem GOTS-Standard produziert, derzeit vor allem Babybekleidung. „Wir könnten alles produzieren“, hob sie hervor.

Waltraud Waidelich aus dem Referat Konsumethik des Frauenwerks der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche, fragte: „Warum werden Zertifikate nicht angefordert? Dann wäre man doch auf der sicheren Seite!“. Sie wollte außerdem wissen, ob Anbieter, die Ware im Fair-Trade-Standard produzieren, bessere Chancen bei einer Ausschreibung haben und welchen Stellenwert dieser Punkt in der Entscheidung gegenüber dem Preis einnimmt. Heinz Reupke antwortete, dass den Zuschlag derjenige bekommt, der das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat. Waltraud Waidelich wollte daraufhin wissen, was das wirtschaftlichste Angebot ist. Heinz Reupke erklärte, dass Grundlage eine Bewertungsmatrix ist, die für jeden Artikel unterschiedlich ist. Der Preis muss dabei mit mindestens 30 Prozent einfließen, die Regel

läge bei 40 Prozent. Die Mindeststandards müssen erfüllt werden. Waltraud Waidelich fragte nach, ob ein Nachweis höher bewertet wird als die Abgabe einer Eigenerklärung. „Das ist ein himmelweiter Unterschied, wie schlägt dieser zu Buche?“, erkundigte sie sich. Die Antwort lautete: Es



spielt keine Rolle, ob jemand eine Eigenerklärung abgibt oder einen objektiv nachprüfbaren Nachweis führt. Bärbel Klausning, Bekleidungsingenieurin beim LZN, hob hervor, dass es für viele Produkte nur noch eine Handvoll Bieter gibt. Das LZN muss jedoch die Kundenwünsche irgendwie befriedigen. Deswegen muss es auch auf die Lieferanten zugehen und Kompromisse eingehen, um überhaupt die Mindeststandards zu erfüllen. „Wir fertigen fast nur in

Europa oder in Asien. Die Problematik der Kinderarbeit ist dort nicht so brisant und wir haben noch keinen spezifischen Handlungsbedarf“, wusste sie.

Wolfgang Becker, Leiter der Zentralen Ausschreibung der Stadt Hannover, wies darauf hin, dass das Vergaberecht insgesamt noch nicht so weit ist, dass solche Dinge wie Menschenrechte oder Ökostandards berücksichtigt werden und daraus Bevorzugen entsprechender Produkte abgeleitet werden können. Bestimmte Vergabegrundsätze wie zum Beispiel das Diskriminierungsverbot (beispielsweise eine Benachteiligung dadurch, dass der Bieter nicht Mitglied einer Vereinigung ist) gibt es. Im Grundsatz soll dadurch sichergestellt werden, dass die Bieter gleich behandelt werden und sowohl geprüfte Produkte (Label) als auch gleichwertige Produkte gewertet werden. Außerdem werden die Schwarzen Listen angesehen. Daraus lassen sich aber nur Hinweise entnehmen, denen genauer nachgegangen werden muss.

Peter Müller von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und der LAOGAI Research Foundation Washington DC sagte: „Ich finde die Vergabep Praxis nur nach dem Papier unbefriedigend“. So ist etwa fast jede Erklärung, die man aus der Volksrepublik China zu einem Standard bekommt, gefälscht, gab Peter Müller zu bedenken. Schließlich kann man, so Peter Müller, in China alles kaufen, selbst ein Todesurteil.

Hannes Philipp aus dem Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen meinte: „Es gibt schon ganz viele Bereiche, da gibt es Labels, die sind nachweisbar gut“. Er regte an, gemeinsam zu überlegen, welche man davon nehmen könnte. Heinz Reupke wies sodann auf eine aktuelle Länderumfrage des LZN hin. Deren Ergebnis ist es, dass sieben Länder sich auf die Zuverlässigkeit der Bieter und deren Unterschrift als Nachweis darüber, zum Beispiel nicht in Betrieben mit Kinderarbeit zu fertigen, verlassen. Darüber hinaus arbeiten noch vier andere Länder mit Zertifikaten oder Vordrucken. Christiane Schnura merkte an, dass es in der Bekleidungsindustrie, ebenso wenig wie etwa in der Computerbranche ein Soziallabel gibt. „Wir sind im Bekleidungssektor schon sehr weit, wenn es um die Forderung nach der Einhaltung von Sozialstandards geht. Da passiert schon eine ganze Menge im Gegensatz zur Computerbranche!“, hob sie hervor. Die Kampagne für Saubere Kleidung fordert von der Bundesregierung, Sozialstandards zu definieren, die für alle Produktgruppen gleich sind. Christiane Schnura kritisierte, dass es keine bundesweiten Listen von Lieferanten und keine Vernetzung gibt. „Auf Bundesebene muss man sich darüber Gedanken machen, wie so eine Kontrolle vernünftig aussehen kann!“, forderte Christiane Schnura. Das gilt ihrer Ansicht nach für alle Produktgruppen. Gertraud Gauer-Süß, Vertreterin mehrerer Organisationen aus Bremen, wollte anschließend wissen, wie die Lieferanten auf die Anforderung der Selbstauskunft reagiert haben. Heinz Reupke antwortete, dass es mit den Eigenerklärungen

bislang kein Problem gibt. Nach dem Zuschlag wird, so führte er aus, ein so genanntes Lieferantengespräch geführt, welches protokolliert und von beiden Vertragsseiten unterschrieben wird.

Waltraud Thyssen aus dem geschäftsführenden Vorstand der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen sagte auf Nachfrage, dass das Thema der Uniformen in der Polizei sehr kritisch begleitet wurde: Die Polizisten wollten wissen, ob die neue Uniform komfortabel ist, wie man einen Einsatz damit bewältigen kann, ob es etwas gibt, was stört und wie die klimatischen Eigenschaften sind. Die Uniform muss sich bewähren und praktisch sein, betonte sie. Grundsätzlich ist man aber sehr zufrieden: „Da ist schon was Gutes gelungen“, sagte sie.

Andreas Waldowsky, Sprecher für Europa und Internationales der Grünen in der Hamburgischen Bürgerschaft fragte anschließend bei den Vertretern des LZN nach, was geschieht, wenn ein Unternehmer eine Eigenerklärung fälschlich abgibt. Er wollte außerdem wissen, ob dem LZN bekannt ist, wo genau die Produkte hergestellt werden. Bärbel Klausning erklärte daraufhin, dass sie sich die Produktionsstätten jederzeit persönlich ansehen könnte. „Wir wissen jedes Land, in dem wir produzieren lassen und auch in welchem Betrieb“, betonte sie. Theoretisch ist diese Kontrolle möglich, bemerkte sie, in der Realität scheitert sie aber am Geld und an Personalmangel. „Wir sind in einem so speziellen Sektor unterwegs, dass die Konkurrenz zwischen den einzelnen Unternehmen sehr sehr groß ist und die Vernetzung sehr intensiv“, hob sie heraus. Die Lieferanten kon-

trollieren sich gegenseitig und können sich deswegen keine Kinderarbeit leisten.

Heinz Reupke führte aus, dass im Falle eines Zweifels an der Richtigkeit der Angaben der Eigenerklärung unabhängige Prüfinstitute dies nachprüfen. Sollten sich die Zweifel erhärten, darf normalerweise dieser Lieferant den Auftrag nicht ausführen, erhält eine Vertragsstrafe und wird, so Heinz Reupke, für mindestens sechs Monate vom Bieterverfahren ausgeschlossen. „Bislang gab es einen solchen Fall noch nicht, wir haben es konkret noch nicht durchgespielt“, sagte er. Ariane Schmidt ergänzte, dass die Zertifikate sehr genau angesehen werden.

Ralf Briese, Mitglied des Niedersächsischen Landtags (Die Grünen), merkte an, dass das LZN sehr viel produktiver ist als die Politik. Dort zählt, monierte er, nur die Wirtschaftlichkeit, nichts anderes. Heinz Reupke sagte auf Nachfrage, dass das LZN Herr des Verfahrens ist und dieses so durchführen darf, wie es möchte, wenn es dabei nicht gegen Vorschriften verstößt.

Silvia Hesse, Leiterin des Agenda21Büros der Stadt Hannover wies darauf hin, dass in der Stadt Hannover anlässlich der Unterzeichnung der Erklärung des Städtetages zu dem kommunalen Engagement zu den MDGS ein Ratsbeschluss verabschiedet wurde (siehe Anhang). Die Verwaltung soll künftig prüfen, inwieweit fair gehandelte Produkte in der Verwaltung eingesetzt werden können. Unter der Federfüh-

rung des Agenda21Büros wurde eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe aus verschiedenen Fachbereichen eingesetzt, die bis September ein Konzept vorlegen soll. Dies betrifft auch die Bekleidung.



Nach zwei Stunden angeregter Diskussion beendete Christine Höbermann das Fachgespräch und dankte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die konzentrierte Arbeit und ihr Kommen. Zur weiteren Vernetzung konnten sich alle, die Interesse hatten, in eine Adressenliste eintragen.

Das Ausschreibungsverfahren beim LZN

Ab 15.000 Euro wird national ausgeschrieben (ab 15.000 Euro beschränkt und ab 25.000 Euro öffentlich auszuschreiben). Öffentliche Ausschreibungen werden auf der Vergabeplattform des Landes Niedersachsen unter <http://vergabe.niedersachsen.de/> veröffentlicht. Darüber hinaus erfolgt die Bekanntgabe auch in mehreren privaten Veröffentlichungsblättern.

Ab 206.000 Euro ist EU-weit auszuschreiben und im EU-Amtsblatt in Luxemburg zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung erfolgt zusätzlich auch wie bei der nationalen Ausschreibung vorstehend aufgeführt.

Zur Beschleunigung von investiven Maßnahmen wurden angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben gemäß Runderlass der Staatskanzlei und der übrigen Ministerien vom 04.02.2009 (24-32573/0020) auf 100.000 Euro angehoben. Um hier Transparenz zu gewährleisten, werden die Auftragnehmer aus den Ausschreibungen mit einem Netto-Auftragswert von 25.000 bis 100.000 Euro auf der Vergabeplattform mit Namen und Anschrift des Auftraggebers, Ort der Auftragsausführung, Auftragsgegenstand, Namen und Anschrift des Auftragnehmers und dem Auftragsvolumen (ohne Umsatzsteuer) veröffentlicht. Der Runderlass ist zeitlich begrenzt und tritt am 31.12.2010 außer Kraft.

Die Auftragnehmer von Ausschreibungen zwischen 100.000 und 206.000 Euro werden nicht veröffentlicht. Gemäß § 27 Verdingungsordnung für Leistungen Teil A (VOL/A) teilt die Vergabestelle jedem erfolglosen Bieter nach Zuschlagserteilung auf dessen schriftlichen Antrag hin unverzüglich die Ablehnung seines Angebots schriftlich mit. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch die Gründe für die Ablehnung, die Anzahl der eingegangenen Angebote und der niedrigste und höchste Angebotsendpreis mitgeteilt werden. Ab 206.000 Euro muss EU-weit im EU-Amtsblatt unter <http://ted.europa.eu/> ausgeschrieben werden. Die Firmen, die jeweils für den Zuschlag vorgesehen sind sowie die Firmen, die den Zuschlag nicht erhalten sollen, werden 14 Tage vor Zuschlagserteilung mit Begründung informiert. Unterlegene Bieter können innerhalb der genannten Frist ein Nachprüfungsverfahren beantragen. Die Auftragnehmer werden nach Zuschlagserteilung im EU-Amtsblatt veröffentlicht.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachgesprächs:

Becker, Wolfgang
Leiter Zentrale Ausschreibung der Stadt Hannover.
E-mail: wolfgang.becker(at)hannover-stadt.de

Brauns, Andreas

Briese, Ralf
Mitglied des Niedersächsischen Landtags,
Bündnis 90/Die Grünen, Innenausschuss.
E-mail: ralf.briese(at)lt.niedersachsen.de

Gauer-Süß, Gertraud
Bremer Informationszentrum für
Menschenrechte und Entwicklung;
Koordinatorin der Bremer Arbeitsgruppe der
Kampagne für Saubere Kleidung, Vorstand des
entwicklungspolitischen Landesnetzwerkes in Bremen,
Arbeitsgruppe öffentliche Beschaffung.
E-mail: g.gauer(at)bizme.de

Hagenah, Enno
Mitglied des Niedersächsischen Landtags,
Bündnis 90/Die Grünen.
E-mail: Enno.Hagenah(at)lt.niedersachsen.de

Hesse, Silvia
Leiterin des Agenda 21 Büros der Stadt Hannover.
E-mail: silvia.hesse(at)hannover.stadt.de

Höbermann, Christine
Dritte Welt Forum in Hannover e.V.
E-mail: hoebermann(at)onlinehome.de

Höfler, Julia
Stadtverwaltung Hannover,
Büro des Gesamtpersonalrats.

Klausing, Bärbel
Logistik Zentrum Niedersachsen (LZN),
Bekleidungsingenieurin.

Lohse, Rebecca
Geschäftsführerin im Eine-Welt-Netzwerk in Hamburg.
E-mail: rebecca.lohse(at)ewnw.de

Müller, Peter
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und
LAOGAI Research Foundation Washington DC.
E-mail: IGFM-Hongkongwatch(at)t-online.de

Pape, Almut
Ehrenamtliche Mitarbeiterin des Dritte Welt Forums.
E-mail: 3wfhannover(at)comlink.org

Philipp, Hannes
Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen.
E-mail: hannover(at)ven-nds.de

Reupke, Heinz
ehemaliger Leiter des Einkaufs im LZN,
Berater des LZN.
E-Mail: Heinz.Reupke(at)lzn.de

Rudolf, Marina
sales director bei der Firma Global Detox Hamburg.
E-mail: marina(at)global-detox.de

Schmidt, Ariane
aus dem Einkauf des LZN,
zuständig für Ausschreibungen im Bereich Bekleidung.
E-mail: ariane.schmidt(at)lzn.de

Schnura, Christiane
Koordinatorin der Kampagne für Saubere Kleidung,
Fachforum zur Implementierung von Sozialstandards
beim Einkauf von Arbeitsbekleidung NRW.
E-mail: ccc-d(at)vemission.org

Thyssen, Waltraud
Vertreterin der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen
aus dem geschäftsführenden Vorstand,
unter anderem zuständig für Arbeitsschutz.
E-mail: waltraut.thyssen(at)mi.niedersachsen.de

Waidelich, Waltraud
Frauenwerk der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche,
Referat Konsumethik.
E-mail: wwaidelich(at)ne-fw.de

Waldowsky, Andreas
Sprecher für Europa und Internationales der Grünen
in der Hamburgischen Bürgerschaft,
Schwerpunkt Fairer Handel und Faire Beschaffung.
E-mail: andreas.waldowsky(at)gal-fraktion.de

Westphely, Maaret
Mitglied der Ratsfraktion der Grünen Hannover,
Mitglied im Organisations- und Personalausschuss.
E-mail: maaret.westphely(at)hannover-rat.de

Zur, Angela
beim Kooperationspartner InWEnt
Regionales Zentrum Niedersachsen
zuständig für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit.
E-mail: angela.zur(at)inwent.org

Millenniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetages

Die Stadt

Begrüßt die von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals MDGs) für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt,

Betont, dass sich die Verpflichtungen aus der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zwar in erster Linie an die Regierungen der 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen richten, die die Erklärung unterschrieben haben,

Äußert aber gleichwohl ihren Willen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele mitzuwirken und

Will in diesem Sinne prüfen, inwieweit folgende Aktivitäten realisiert werden können:

I. Maßnahmen der Information und Bewusstseinsbildung

- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Aktionen Dritter mit dem Ziel, die Information über die Millenniums-Entwicklungsziele in der Bevölkerung zu verbreitern und somit das Bewusstsein für die damit angesprochenen Probleme zu wecken und Denkanstöße zu geben

- Förderung von Dialog und Zusammenarbeit mit ausländischen Mitbürgern/innen, insbesondere aus den Weltregionen, auf die sich die Anstrengungen der

Millenniums-Entwicklungsziele richten, in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Freizeiteinrichtungen), um so durch direkte Kontakte ein für viele Mitbürger/innen vergleichsweise abstraktes Thema begreiflicher zu machen

II. Maßnahmen der Vernetzung und Konzentration von Aktivitäten

- Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses von lokalen Akteuren (Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Universitäten, örtliche Wirtschaft und örtliches Handwerk, Kirchen usw.), um den Bestrebungen und Aktivitäten zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele eine möglichst breite Verankerung und Beständigkeit zu geben

- Ausrichtung der kommunalen Partnerschaftsarbeit auf Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (z. B. Aufnahme des Themas in die Arbeitsprogramme mit den Städtepartnern und Austausch über Aktivitäten in den Partnerkommunen bzw. Durchführung gemeinsamer Aktionen)

III. Maßnahmen zur Förderung einer global denkenden und in diesem Sinne Verantwortung übernehmenden Kommunalpolitik

- Überprüfung des eigenen kommunalen Handelns auf Verhaltensmuster, die dem Grundsatz der Einen Welt verpflichtet sind und die damit auch die allgemeine Grundlage der Millenniums-Entwicklungsziele unterstützen (z.B. Einsatz fair gehandelter Produkte in der Verwaltung, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und auf kommunalen Veranstaltungen, faires und nachhaltiges Beschaffungswesen in den Bereichen Energie, Baustoffe, Dienstbekleidung, Bürobedarf, Einsatz energiesparender Fahrzeuge, Maßnahmen zur Energieeffizienz usw.)

IV. Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen in den Ländern des Südens

- Erweiterung des bestehenden Partnerschaftsnetzes auf Dreieckspartnerschaften mit einer oder mehrerer Kommunen aus EU-Ländern und einer Kommune aus den Ländern des Südens

- Förderung starker, selbstverwalteter Kommunen in den Entwicklungsländern durch Unterstützung des kommunalen fachlichen Wissenstransfers im Rahmen des Einsatzes von kommunalen Experten/innen in kommunalen Entwicklungsprojekten erfahrener Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit

Ist der Überzeugung, dass das kommunale Engagement im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele auch dazu beitragen kann, der wachsenden Armutswanderung nach Europa entgegenzuwirken

Fordert die Bundesregierung auf, den Willen der Kommunen, ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu leisten, anzuerkennen und sie stärker als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen

Mit Beschluss vom _____ angenommen.

Ort

Datum

Titel, Funktion, Unterschrift

Antrag (Antrag Nr. 0315/2009)

Eingereicht am 06.02.2009 um 12:20 Uhr.

Ratsversammlung 26.02.2009

**Antrag der SPD-Ratsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
"Millenium-Erklärung zu nachhaltigem kommunalem Engagement"**

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, der Milleniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetags (siehe Anlage) beizutreten und im Sinne nachhaltigen kommunalen Engagements umzusetzen. Als Beitrag zur Umsetzung der Milleniums-Erklärung erfolgen durch die Verwaltung insbesondere nachstehende Maßnahmen:

1. Die Verwaltung weitet ihre Aktivitäten zur Information und Bewusstseinsbildung über die Milleniums-Entwicklungsziele in kommunalen Einrichtungen wie z.B. Schulen, Jugendzentren, Freizeitheimen sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit aus.
2. Die Verwaltung prüft Möglichkeiten zum Einsatz 'fair gehandelter Produkte' in der Verwaltung, auf kommunalen Veranstaltungen, in Schulen, Kindergärten etc. und legt im September 2009 ein Konzept zur Umsetzung vor.

Begründung

Mit Unterzeichnung des 10-Punkte Programms der „Aalborg Commitments“ im Juni 2004 war die Landeshauptstadt Hannover die Verpflichtung zur tatkräftigen Unterstützung einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung eingegangen. Mit einem Beitritt zur Milleniums-Erklärung würde sie ihr Bekenntnis zu einem nachhaltigen Engagement bekräftigen. Damit würde sie folgende, von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedeten Milleniums-Entwicklungsziele für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt begrüßen und in ihrem kommunalen Einflussbereich unterstützen:

Ziel 1: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger (Halbierung bis 2015)

Ziel 2: Primarschulbildung für alle

Ziel 3: Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen

Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit

- Ziel 5: Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
- Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- Ziel 7: Ökologische Nachhaltigkeit
- Ziel 8: Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Während die Umsetzung dieser Millenniumsziele bis zum Jahr 2015 erfolgen sollte, wurde beim Entwicklungsgipfel der Vereinten Nationen im September 2008 in New York im Rahmen einer Bestandsaufnahme festgestellt, dass zur Umsetzung der Ziele eine Forcierung der Maßnahmen erforderlich ist. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat deshalb die internationale Gemeinschaft aufgefordert, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Armut zu intensivieren. Neben finanziellen Mitteln für Maßnahmen brauchen die Millennium-Entwicklungsziele allerdings auch mehr Öffentlichkeit, unter anderem durch die Kommunen. Daher ruft der Deutsche Städtetag die Mitgliedskommunen auf, die Millenniums-Erklärung mitzutragen. Mehr als 70 deutsche Städte und Gemeinden haben die Millennium-Erklärung des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes oder der Weltunion der Kommunen bereits unterzeichnet und dadurch ihr Bekenntnis zu nachhaltigem kommunalem Engagement bekräftigt.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

18.60
Hannover / 10.02.2009

Geschäftsführendes Präsidialmitglied



Deutscher Städtetag - Postfach 51 06 20 - 50942 Köln
An die

- a) unmittelbaren Mitgliedstädte
 - b) Landesverbände
 - c) außerordentliche Mitglieder
- des Deutschen Städtetages

Marlburg
Lindenallee 13 - 17
50968 Köln
21.01.2008
Telefon +49 221 3771-0
Durchwahl 3771-3 10
Telefax +49 221 3771-1 50
E-Mail
waller.leitermann@
staedtetag.de

Bearbeitet von

Aktenzeichen
81.85.21

Kommunales Engagement im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen
hier: Millenniumserklärungen der Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor gut einem Jahr, am 14. Februar 2007, hat der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages die "Millenniums-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetages" verabschiedet (siehe Anlage), mit der sich die Städte an dem großen gemeinsamen Ziel der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Unterentwicklung im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen können.

Dem Deutschen Städtetag ging es mit der vorgelegten Erklärung vor allem darum, denjenigen Städten, die sich engagieren wollen, eine Handhabe dafür zu bieten, wie ein Thema, das auf den ersten Blick keinen kommunalen Bezug hat, auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werden kann.

Inzwischen haben 23 Mitgliedstädte des DST die Millenniumserklärung der Kommunen unterzeichnet (s. Anlage). Dies ist aus unserer Sicht eine gute Bilanz einer Aktion, die auch weiterhin interessierten Städten zur Mitwirkung offensteht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Articus

Anlage

Millenniumserklärung der Kommunen 2007 / 2008

Stadt	Bundesland	Datum der Unterzeichnung	Unterzeichner	Einwohner
Bad Münstereifel	NW	19. Juni 2007	BM Alexander Büttner	19.003
Bielefeld	NW	26. März 2007	OB Eberhard David	326.925
Bonn	NW	12. Sept. 2007	OB Bärbel Dieckmann	312.818
Boppard	NW	01. Okt. 2007	Dr. Walter Bersch	16.324
Bremen	RF	24. April 2007	Hgm. Jens Röhrsen	546.852
Chemnitz	SN	18. Mai 2007	OB Barbara Ludwig	246.587
Cottbus	BB	11. Okt. 2007	OB Frank Szymanski	105.309
Darmstadt	HE	24. Mai 2007	OB Walter Hoffmann	140.562
Erfurt	TH	05. Juni 2007	OB Alexander Bausowein	202.844
Greifswald	MV	28. März 2007	OB Dr. Arthur König	53.281
Hanau	HE	17. April 2007	OB Claus Kaminsky	88.746
Hof	BY	10. März 2007	OB Dr. Harald Lichtner	48.723
Karlsruhe	BW	10. Juli 2007	OB Heinz Farnich	285.263
Konstanz	BW	29. März 2007	OB Horst Frank	81.217
Ludwigshafen a. Rhein	RP	14. Mai 2007	OB Dr. Eva Lohse	163.343
Mainz	RP	13. April 2007	OB Jens Beulel	194.372
München	BY	10. Dez. 2007	OB Christian Ude	1.259.677
Münster	NW	24. Okt. 2007	OB Dr. Herthold Hillmann	270.880
Nürnberg	BY	17. Okt. 2007	OB Ulrich Maly	499.237
Regensburg	BY	26. April 2007	OB Hans Schaidinger	129.859
Speyer	RP	06. Sept. 2007	OB Werner Schindler	50.501
Witten	NW	17. April 2007	BM'in Sorija Leidemann	100.793
Würzburg	BY	10. Aug. 2007	OB Dr. Pia Beckmann	133.906